

# Innenstadt bleibt frei von Protest

**BAHN** Bürgerinitiative darf kein Banner aufhängen – Freie Wähler kritisieren Stadt



So wird es nicht sein: Nur eine Fotomontage ist übrig geblieben von den Plänen der Bürgerinitiative ILQ, ein Protestbanner zwischen den Häusern der Heiligengeiststraße aufzuhängen. BILD: VOLKER KUHNERT

Das Plakat sollte für die Umgehung für Güterzüge werben. Der Antrag aber wurde abgelehnt.

VON KLAUS FRICKE

**OLDENBURG** – Der Protest der Oldenburger gegen den künftigen Lärm durch Güterzüge in der Stadt wird immer öffentlicher. Am 2. Mai soll in Ofenerdiek erstmals gegen die befürchtete zusätzliche Verkehrsbelastung, die der Jade-Weser-Port mit sich bringen könnte, demonstriert. Und etwa zur gleichen Zeit wollte auch die Initiative „Lebens-

qualität an der Bahn in Oldenburg“ (ILQ) mit einer Aktion in der Innenstadt auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

„Es müssen nun endlich die Weichen in Richtung Umgehungstrasse für Güterzüge gestellt werden“, fordert ILQ-Sprecher Volker Kuhnert von Politik, Verwaltung und Bahn AG. Eine Forderung, die in großen Lettem auch über der Heiligengeiststraße zu sehen sein sollte: Ein riesiges Banner sollte Ende April zwischen den beiden Häusern an der Ecke Heiligengeiststraße/Heiligengeistwall gespannt werden. Die Eigentümer hatte keine Einwände, auch das Ci-

ty-Management stimmt nach Kuhnerts Angaben zu.

Nur das Ordnungsamt der Stadt, das den Antrag der ILQ für ein Banner genehmigen musste, hatte Bedenken. Die Erlaubnis zum Aufhängen des Plakats wurde verweigert mit dem Hinweis, es fehle der kulturelle Bezug als Voraussetzung für ein Banner an dieser Stelle. Jetzt gibt es nur eine Fotomontage von dem „für Oldenburg lebenswichtigen Projekt“ (Kuhnert).

Die Untätigkeit der Stadtverwaltung in Sachen Umgehungstrasse prangert auch Ingo Splittgerber, Vorsitzender der Freien Wähler – Bür-

ger für Oldenburg, an. Die Gespräche bei der Übergabe der Ratsresolution im Bundesverkehrsministerium in Berlin (die *NWZ* berichtete) hätten gezeigt, dass für die Kosten, die der zweigleisige Ausbau der Strecke und dessen flankierende Maßnahmen betragen werden, auch eine Umgehungstrasse zu erhalten sei. Bis heute jedoch habe die Stadt „nicht den geringsten Versuch unternommen“, dafür eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan zu beantragen. Auch die Frist für den nächsten Plan für das Jahr 2015 drohe versäumt zu werden, kritisierte Splittgerber.